

QUARTALSBERICHT

Projektland: Ägypten

Quartal/Jahr: II/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Welche Politik verfolgt der Oberste Miliärrat?**
2. **Salafisten – eine Gefahr für die junge Demokratie?**
3. **Soll eine neue Verfassung vor den Parlamentswahlen geschrieben werden?**
4. **Lokale Parlamente sind mit Gerichtsurteil aufgelöst.**
5. **Soziale Gerechtigkeit als Oberziel – Ägyptens Haushalt in der Nach-Mubarak Zeit.**

Hat das Militär Gefallen an der Politik gefunden?

Das auf dem Tahrir Platz während der Revolution geschlossene Bündnis zwischen Militär und der politischen Jugend scheint zu bröckeln. Bei einer durch die Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführten Befragung junger Ägypter zeigte sich, dass man zum Militär zwar noch Vertrauen hat, aber dennoch skeptisch ist, ob die alten Kräfte innerhalb des Obersten Militärates die Umsetzung der Forderungen der 25. Januar Koalition wirklich wollen.

Das selbstgeschlossene Bündnis hat seit den jüngsten Übergriffen und Verhaftungen durch das Militär bei Demonstrationen auf dem Tahrir oder anderswo tiefe Risse bekommen. Man schätzt, dass seit dem 11. Februar fast 8.000 Leute, darunter auch Demonstranten und Pressevertreter, vor Militärgerichten ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren zu hohen Haftstrafen abgeurteilt wurden.

Vereinzelte Oppositionsgruppen fordern bereits den Rücktritt von Feldmarschall Tantawi, dem man unterstellt, große Teile des alten Regimes, insbesondere die Familie Mubarak, vor rechtlicher Verfolgung und Anklage zu schützen.

Auch die Beziehungen zwischen der Muslimbruderschaft, den Salafisten und dem Militär werden auf Facebook immer wieder kontrovers diskutiert und hinterfragt.

Eine der zentralen Forderungen der Demonstranten des 25. Januar - die Aufhebung des Ausnahmezustandes - wurde bis heute noch nicht erfüllt, was zu großem Unmut vor allem bei Menschenrechtsorganisationen führt.

Die Mauer der Angst ist zwar seit dem 25. Januar gefallen – die ägyptische Revolution scheint aber noch nicht beendet. Eine erfolgreiche Umsetzung der Ziele der Revolution hängt nun entscheidend vom Militär und seiner Führung, dem Obersten Militärrat, ab.

Wird sich das Militär nach dem Transformationsprozess, wie angekündigt, ab Ende 2011 auf seine eigentliche Aufgabe der Staatsverteidigung zurück ziehen oder hat es Gefallen an der Gestaltung der Politik gefunden?

Das Militär ist in Ägypten ein Staat im Staat. Mindestens 30% der ägyptischen Staatsbetriebe werden vom Militär geleitet. Auch das ägyptische Staatswesen ist vom Militär durchsetzt und selbst nach der Revolution hat der Oberste Militärrat weiterhin ehemalige Generäle als Gouverneure eingesetzt. Auf die von den USA gewährte jährliche Finanzhilfe (Militärhilfe von 1,3 Milliarden US Dollar, humanitäre Hilfe von 700 Millionen US\$) hat das Militär weiterhin uneingeschränkt Zugriff und sicherlich will und kann der Oberste Militärrat auf dieses Privileg – in Ergänzung zu der „militärischen Wirtschaftsform“ – nicht verzichten.

Und so wurden bei dem Verfassungsreferendum am 19. März 2011 die Artikel 53 – 61 der alten Verfassung, welche die Macht des Militärs legalisieren, nicht in Frage gestellt.

In politischen Kreisen Ägyptens werden derzeit 3 mögliche Szenarien über die weitere Machtstellung des Militärs diskutiert:

Das türkische Modell.

Wenn im November bei den Parlamentswahlen ein starker Präsident gewählt wird, der die besondere Stellung des Militärs anerkennt, dann wird man sich ruhig verhalten und keine Politik neben der offiziellen Regierungspolitik betreiben und zulassen – ein Modell, das von vielen Ägyptern begrüßt würde und das auch aussichtsreiche Präsidentschaftskandidaten wie El Baradei oder Amr Moussa verfolgen.

Das algerische Modell

Wird bei der Präsidentenwahl aus der Sichtweise des Militärs ein schwacher oder nicht gewünschter Präsident gewählt, mit dem unsichere Zeiten - vor allem zu gesellschaftspolitischen und ökonomischen Fragen - zu erwarten sind, dann wird das Militär erneut die Macht übernehmen (mit einem dem Militär hörigen Präsident), was sicherlich zu großen Unruhen im Land führen würde, da sich insbesondere die Jugend des 25. Januar verraten fühlen würde. Man hätte zwar demokratisch einen Präsident gewählt, aber die Politik würde weiterhin vom Militär bestimmt.

Ein solches Szenario würde die bisher vom Westen begleitete Nahost Politik in große Bedrängnis bringen (die demokratischen Wahlen in Palästina sind in der arabischen Welt noch in guter Erinnerung, als der Westen mit dem Wahlausgang nicht einverstanden war).

Das sudanesisches Modell

Der gewählte Präsident ist schwach und versucht, die inneren Unruhen mit Polizeigewalt niederzuschlagen. In einer Koalition mit den islamistischen Parteien und Strömungen übernimmt das Militär mit einem der Muslimbruderschaft zugeneigten Präsidenten (der ev. auch schon zu den Wahlen antritt und mehrheitlich gewählt wird oder nur knapp unterliegt) die Regierungsgewalt – ein Szenario, das viele koptische Bürger schon heute befürchten und sich teilweise auf eine Ausreise vorbereiten. Zwar unterstellt man dem Militär eine große Nähe zu der Muslimbruderschaft, ich selbst glaube aber nicht, dass das Militär diesen Schritt wagen wird. Dazu haben zu viele ranghohe Offiziere eine Ausbildung in den USA durchlaufen und wissen, dass dies keine Lösung für die Zukunft Ägyptens mit einer Nähe zum Westen sein kann.

Salafismus in Ägypten

In Europa wird in den Medien mit Bildern von Männern mit langen Bärten und kurzen Hosen und Frauen mit Niqab - dem Gesichtsschleier, der meist nur einen kleinen Sehschlitz frei lässt - derzeit öfters über eine Radikalisierung der islamischen Bevölkerung in Ägypten berichtet und davor gewarnt.

Kommt es in Ägypten nach der Diktatur Mubarak, in der religiöse Parteien verboten waren, zu einem islamischen Gottesstaat?

Ich denke nein, auch wenn die Zahl der Salafisten ständig zunimmt.

Der Salafismus ist ein Ableger des Wahabismus, der sehr orthodoxen saudischen Staatsreligion. Der Begriff Salafismus kommt aus dem arabischen Wortstamm „Vorfahre“ – die Salafisten sehen das Leben des Propheten Mohammed im 7. Jahrhundert als Vorgabe für ihr eigenes Leben, sowohl in der religiösen Umsetzung, dem Verhalten im täglichen Leben, aber auch in der traditionellen „Kleiderordnung“.

Anfang des 20. Jahrhunderts, als die politischen und gesellschaftlichen Reformbewegungen in Ägypten entstanden, waren die Vordenker der Salafisten soziale Reformer wie Jamal ad-Din al-Afghani und Mohammed Abduh.

Von diesen Programmen und sozialen Reformen findet man heute bei den Salafisten nur noch wenig. Man versteht sich als Hüter des „wahren Islams“

Unter der Herrschaft von Mubarak waren die Salafisten wie auch die Muslimbruderschaft verboten. Trotz gemeinsamer Wurzeln und Interessen haben sich die Salafisten gegenüber den in den letzten Jahren aus ihrer Sicht „moderaten“ Muslimbrüdern abgegrenzt und traten unter Mubarak als Gruppe kaum in Erscheinung, da sie vom bestehenden Regime unterdrückt, gefoltert und in die Emigration gezwungen wurden. Dennoch waren sie in den letzten Jahren vermehrt in Kairo Straßensichtbar – die Frauen durch Vollverschleierung, die Männer durch lange Bärte.

Nach ihrer Anerkennung als religiöse Gruppe durch den Hohen Militärrat haben sich die Salafisten Ägyptens noch auf keine Führungsperson geeinigt, auch wenn Scheich

Hussein Yaqoub oder Saeed Abdel-Azem immer häufiger als Sprecher der Salafisten der Presse gegenüber auftreten.

Viele Ägypter sehen die Zunahme des Salafismus auch in der Rückkehr ägyptischer Gastarbeiter aus Saudi Arabien begründet, wo diese durch den Wahabismus geprägt und ihre Kinder in strengen Glaubensschulen erzogen wurden.

Man schätzt derzeit die Zahl der ägyptischen Salafisten noch unter einer Million - Tendenz aber steigend!

Nach der Wende und dem Sturz Mubaraks durch die Bewegung „25. Januar“ treten nun die Salafisten als politische Akteure in Erscheinung. Sie haben sich wie die Muslimbruderschaft erst sehr spät der Revolutionsbewegung angeschlossen (abwartend, ob sie wirklich zu einem Erfolg führt; man befürchtete, als „Drahtzieher“ dargestellt zu werden um dem Westen zu zeigen, mit welchem Nachdruck man in Ägypten „terroristische Bewegungen“ verfolgt).

Als die Salafisten erkannten, dass das Militär nicht gegen sie vorgeht, zeigten sie auf dem Tahrir mit religiösen Forderungen dann „Flagge“.

Mit gewaltsamen Aktionen gehen sie seit der Revolution gegen Christen, Sufis und säkulare Bürger vor. Ägypten und seine Militärregierung sind dadurch vor eine Nagelprobe in ihrer noch jungen Demokratie gestellt, denn Koran, Scharia und Hadith werden von den Salafisten als Fundament eines neuen Staates gesehen. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung, 20. Juni 2011, Seite 3, hat Scheich Abdel-Moneim al-Shahat aus Alexandria seine göttlichen Vorgaben für eine neue Staatsform formuliert:

„Der Gesundheitsminister darf kein Christ sein, weil er Medikamente freigeben könnte, die Alkohol enthalten“ und „Wir glauben an die Gleichheit von Mann und Frau. Aber der Mann ist bestimmt zu führen. Er darf in der Öffentlichkeit auftreten, was der Frau durch die religiösen Vorschriften untersagt ist“

In den ägyptischen Medien wird seit Monaten vermehrt von Gewalttaten der Salafisten berichtet. Ende März wurde einem koptischen Immobilienhändler in Qena, Oberägypten, durch Salafisten ein Ohr abgeschnitten, weil er angeblich eine Wohnung an eine Frau vermietet hat, die der Prostitution nachginge. In Fayoum gab es Auseinandersetzungen um einen Laden, in dem Alkohol verkauft wurde. Bei diesen Unruhen gab es einen Toten und zahlreiche Personen, die schwer verletzt wurden.

Ein Brandanschlag auf eine koptische Kirche im Kairoer Stadtteil Embaba im Mai 2011, bei dem 15 Menschen starben und über 190 zum Teil schwer verletzt wurden, wurde von zahlreichen Muslimen unter wesentlicher Beteiligung von Salafisten organisiert und durchgeführt. Den Behörden zufolge wollten die Angreifer eine Frau befreien, die dort von Christen festgehalten wurde. Die Frau sei zum Islam übergetreten und würde von der koptischen Kirche gefangen gehalten. Die Konvertierung zum Islam ist für die Kopten oft der einzige Weg, um sich von ihrem Partner scheiden zu lassen – aber nach dem islamischen Recht gibt es dann kein „zurück“ mehr. Es wäre sicherlich gut, wenn innerhalb der sehr orthodoxen koptischen Kirche mit einem greisen Papst als Oberhaupt darüber bald eine Diskussion entstehen würde.

Die Übergriffe der Salafisten richten sich aber nicht nur gegen Christen oder säkulare Gesellschaftsschichten (gegen nicht verschleierte Frauen - „vom Teufel gelenkt“ - wurde von einigen Salafisten zu Säureattentaten aufgerufen).

Auch die Sufis sind in das Visier dieser religiösen Eiferer geraten. Der Sufi-Orden, der schon in der Zeit der Mamluken (13. – 16. Jahrhundert) in Ägypten verehrt wurde, ist noch heute weit verbreitet. Ihre Praxis, mit Gesang und ekstatischem Tanz der Einheit mit Gott näher zu kommen und ihre Verehrung von Heiligenschreinen, gilt den Salafisten als Häresie und Ketzertum gegen den wahren Islam. Im Delta häufen sich seit einiger Zeit die Übergriffe auf Sufi-Schreine – allein in Alexandria sollen über 16 von insgesamt vierzig Schreinen angegriffen und teilweise zerstört worden sein. Der Sufi-Scheich Mohammed Alaa Abul Azayem drohte nach dem Angriff auf den von den Sufis besonders verehrten El-Mursi Abul Abbas Schrein in Alexandria mit einem „Krieg der Sufis gegen die Zerstörung der Schreine“ (*Al Masry Al Youm*, 31.03.2011).

Auch wenn viele Salafisten Demokratie und politische Wahlen ablehnen, hat sich doch für die anstehende Parlamentswahl eine Gruppe von aktiven Salafisten gefunden, welche am 12. Juni die Genehmigung ihrer neu gegründeten Partei Al-Nour („Licht“ oder besser übersetzt „die Erleuchtung“) bekam. Politisches Hauptziel der Salafisten ist die Verhinderung eines säkularen Staates. Die Scharia muss aus ihrer Sicht Grundlage der neu zu schreibenden Verfassung sein und so unterstützen sie die für September vorgesehene Parlamentswahl und sind gegen eine Verlegung der Parlamentswahl mit dem Ziel, zuerst eine neue Verfassung zu schreiben. Hierin besteht eine große Einigkeit mit der Muslimbruderschaft, die ebenfalls die Scharia als Grundlage einer neuen Verfassung sieht und eine Verlegung der Parlamentswahl ablehnt.

Immer wieder liest oder hört man, dass die Salafisten von dem Militär instrumentalisiert werden (z.B. bei dem Anschlag auf die koptische Kirche in Embaba im Mai 2011). Mit dem Angstpotential einer radikalen islamischen Gruppe kann sich das Militär dem ägyptischen Volk gegenüber als Garant für Stabilität und Ordnung präsentieren. Man muss die Salafisten als politisch-religiöse Gruppe auch in Europa ernst nehmen und ihr Handeln genau beobachten – man sollte sie aber nicht überschätzen oder gar zu dem Schluss kommen, dass sich durch sie in Ägypten ein islamischer Gottesstaat etablieren könnte. Es besteht aber die Gefahr, dass das Ägypten der Post- Mubarak Zeit wieder in Konfessionen und Gesellschaftsklassen zerfällt, und es wäre dann sicherlich auch eine Konter-Revolution mit der alten Garde des Regimes Mubarak nicht auszuschließen.

Wie und wann wird gewählt ? - Wer schreibt eine neue Verfassung und wann?

Bei dem Referendum am 19.03.2011 hat das ägyptische Volk mit großer Mehrheit die vom Militär vorgegebenen Wahltermine bestätigt:

So soll im September 2011 ein neues Parlament gewählt werden und im November 2011 soll dann die Präsidentenwahl stattfinden.

In Ägypten entsteht nach 30 Jahren Herrschaft durch die Einheitspartei NDP derzeit eine neue Parteienlandschaft aus liberalen, sozialistischen, konservativen aber auch religiösen Parteien.

Momentan laufen Genehmigungsverfahren für mehr als 45 Parteien. Der Genehmigungsprozess zur Zulassung einer Partei ist seit der Revolution einfach geworden.

Religiöse Parteien sind offiziell verboten, aber dennoch erkennt man bei der Partei „Freiheit und Gerechtigkeit“, welche der Muslimbruderschaft nahesteht, oder der Partei der Salafisten, die sich „Erleuchtung“ nennt, klar eine religiös islamische Handschrift.

Der koptische Papst Schenuda III. hat sich gegen eine der koptischen Kirche nahestehende Partei ausgesprochen, doch mit der Gründung der Partei „Freie Ägypter“ durch den koptischen Milliardär Naqib Sawiris in Koalition mit islamischen und koptischen Mitstreitern, wurde klar vorgegeben, dass man zu den islamisch-religiösen Parteien ein Gegengewicht mit liberal – säkularem Gedankengut stellen möchte.

Doch selbst bei der Partei „Freiheit und Gerechtigkeit“ der fundamentalistischen Bruderschaft, die sich auf 50% der Parlamentssitze bewerben wird, besteht noch kein klares Wahlkonzept, so dass sich immer wieder Anhänger der Muslimbruderschaft zusammenschließen und eine eigene, meist noch fundamentalistischere Partei gründen. Bis heute gibt es fünf „Splitterparteien“ innerhalb der Muslimbruderschaft – die Partei „Freiheit und Gerechtigkeit“ als „Mutterpartei“, dann die von dem ehemaligen Führer der Muslimbruderschaft, Ibrahim al-Zafarany gegründete Partei „Erneuerung“; die „Aktuelle Partei“, gegründet von jüngeren Mitgliedern der Muslimbruderschaft, die auch der „25th January Youth Coalition“ angehören und die Partei „Friede und Entwicklung“ von Hamid al-Dafrawy. Als fünfte Partei hat sich nun die „Führungspartei“ gegründet. Ihr gehören zahlreiche Jugendliche mit unterschiedlichem politischen Hintergrund an – meist jedoch islamistisch ausgerichtet.

Wie gereizt und angespannt derzeit die Lage ist, zeigt sich an der Veröffentlichung eines Comic auf dem Twitter von Naqib Sawiris, in dem er am 27.06. die auch in Ägypten bekannte Comicfigur Mickey Mouse mit langem Bart und kurzer Galabija und Minnie mit Gesichtsschleier darstellte – eine Persiflage auf die Salafisten. Nach heftigen Protesten durch Islamisten hat er sich am nächsten Tag in der Presse entschuldigt und die Figuren wieder von seinem Blog entfernt. Man darf gespannt sein, welche Reaktionen darauf bei den wöchentlich wiederkehrenden Freitagsdemonstrationen auf dem Tahrir Platz hervorgerufen werden.

Um überhaupt bei den anstehenden Parlamentswahlen bestehen zu können, bilden sich nun bereits Wahlbündnisse mit unterschiedlichen Parteien.

Die traditionelle Wafd-Partei, unter Mubarak als säkulare Partei angetreten, hat ein Wahlbündnis mit der Muslimbruderschaft angekündigt.

Eine größere Zahl liberaler Parteien wird sich zu einem „Wahlverbund“ zusammenschließen, um sich deutlich von religiös ausgerichteten Parteien abzugrenzen.

Leider ist die den Aufstand am 25. Januar maßgeblich bestimmende „revolutionäre“ Jugend noch uneins hinsichtlich einer eigenen Partei. Zu lange war man dem Parteiwesen unter Mubarak ablehnend gegenüber gestanden. Nach langen Diskussionen hat man sich nun, drei Monate vor der vom Militär auf September angesetzten Parlamentswahl, auf eine „Partei des revolutionären Wandels“ geeinigt und betreibt nun die Zulassung. An einen landesweit organisierten Wahlkampf ist aber noch nicht zu denken.

Ein großes Fragezeichen steht hinter der aufgelösten NDP und einer ev. Neugründung mit neuem Namen. Viele Spitzenfunktionäre der früheren Einheitspartei sitzen im Gefängnis oder sind ins Ausland geflohen. Doch über 1,5 Millionen Parteimitglieder sind nicht plötzlich von der Bildfläche verschwunden. Viele sitzen noch in wichtigen Staatsämtern oder bestimmen die Wirtschaft. Dass die alten Kader wiederkommen werden – als „Wölfe im Schafspelz“ befürchten viele, die auf dem Tahrir für demokratische Reformen 18 Tage lang demonstriert haben.

Viele Vertreter der Tahrir Koalition fordern nun, dass die unter Mubarak in politischen Ämtern vertretenen NDP Mitglieder ein fünf Jahre langes Verbot für politische Aktivitäten bekommen sollen.

Dies kann sicherlich für die ehemaligen Parlamentarier umgesetzt werden, ob man aber alle früheren Parteimitglieder der NDP von einem Neubeginn ausschließen kann, ist zu bezweifeln.

Es ist auch mit Interesse zu beobachten, dass die neu gegründeten Parteien derzeit auf „Kandidatensuche“ im ganzen Land unterwegs sind. Man spricht dabei gezielt Personen an, die bei der Bevölkerung bekannt und geschätzt sind – und darunter sind auch viele ehemalige NDP Parteimitglieder, die man als „Mitläufer“ in einem von Mubarak und seiner Partei 30 Jahre bestimmten Regime bezeichnet und entschuldigt.

Ob die Parlamentswahl im September durchgeführt wird, stand bis 30. Juni (Redaktionsschluss für den Quartalsbericht) noch nicht fest.

Die meisten Parteien wie auch die jugendliche Opposition fordern eine Verlegung der Wahlen, da ein fairer Wahlkampf in solch kurzer Zeit nicht möglich sei. Die Muslimbruderschaft wie auch die Salafisten fordern aber die Einhaltung des Fahrplans für die Wahlen, wie er bei dem Verfassungsreferendum am 19. März zur Abstimmung stand und eine Zustimmung von über 70% erhielt.

Die Muslimbruderschaft ist seit Jahren im Land bestens organisiert und vernetzt, so dass damit zu rechnen ist, dass sie bei einer Parlamentswahl im September insbesondere auf dem Land einen großen Wahlerfolg erringen wird.

Sie erhofft sich so einen großen Einfluss bei der Neuschreibung der Verfassung, wo die Sharia als Rechtsgrundlage der Verfassung von ihr gefordert wird.

Viele Vertreter der Tahrir-Koalition wie auch der Grossteil der ägyptischen Akademiker schließen sich dem Vorschlag des Präsidentenkandidaten Mohamed El Baradei an, der schon seit langer Zeit fordert, die Parlamentswahl erst nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung durchzuführen. Er schlägt zudem vor, für die Übergangszeit bis zu einem frei gewählten Parlament eine Interimsregierung aus Experten zu bilden und dazu einen „Präsidentschaftsrat“ bestehend aus zwei Juristen und einem Vertreter des Militärs.

Über 1.750 lokale Parlamente aufgelöst

Das ägyptische Gericht hat am 28. Juni 2011 mit sofortiger Wirkung alle lokalen Parlamente aufgelöst, welche 2010 in der Regierungszeit Mubarak gewählt wurden und

die von der Staatspartei NDP mit weit über 95% der Sitze beherrscht wurden. Insgesamt sind mehr als 54.000 lokale Parlamentarier davon betroffen.

Damit wurde durch das Militär – hier nun durch ein Gerichtsurteil – eine zentrale Forderung der Tahrir-Koalition erfüllt, welche sie über Gericht einklagten hat, nachdem der Militrat nichts unternommen hatte.

Dass dieses Urteil nun, mehr als fünf Monaten nach den Forderungen vom Tahrir, erfüllt wurde, ist sicherlich in Zusammenhang mit der von der Tahrir-Koalition und zahlreichen Parteien angekündigten Großdemonstration am 08.07.2011 zu sehen, die unter dem Motto „Zweiter Tag des Zorns“ (nach der Demonstration vom 25. Januar) sicherlich viele tausend Demonstanten mobilisieren wird. Noch immer werden die Prozesse gegen die Hauptbeschuldigten des Schießbefehls verschleppt und die unzähligen Opfer erhalten immer noch keine Unterstützung. Dazu wird die Forderung nach einer Verschiebung der Parlamentswahl und der sofortigen Neufassung der Verfassung durch unabhängigen Experten weitere unzufriedene Bürger auf den Tahrir-Platz locken.

Sollte die Auflösung der lokalen Parlamente nicht durch das Militär zurück genommen werden (was vermutlich nicht geschehen wird, da man dann erneut die Nähe zum alten Regime erkennen würde), dann werden weitere Terminprobleme hinsichtlich der durchzuführenden Wahlen auf den Militärrat zukommen:

Wann sollen die Lokalwahlen durchgeführt werden? Muss ein neues Gesetz für lokale Wahlen/Parlamente ausgearbeitet werden?

Das alte „Regime“ hatte für die anstehende Parlamentswahl fest mit der Unterstützung der alten Garde der lokalen Parlamentarier gerechnet, um so über die Direktmandate seinen Einfluss zu behalten.

Wie das „alte Netzwerk“ noch funktioniert, zeigte sich am 28. Juni 2011, dem Tag, als das Urteil zur Auflösung der lokalen Parlamente bekannt wurde. Bei einer an diesem Abend abgehaltenen Gedenkfeier für die Opfer der „25. Januar Revolution“ kamen plötzlich, mit Bussen vorgefahren, zahlreiche Jugendliche, bewaffnet mit Stöcken und Messern, um Zutritt zu der Veranstaltung zu bekommen. Als ihnen dies verwehrt wurde, zogen sie zum Tahrir Platz und lieferten sich dort eine Schlacht mit der Polizei und dem Militär, bei der die Polizei Tränengas einsetzte. Es gab weit über 1000 Verletzte und zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet. Auch wenn bei der Demonstration auch einige Familienmitglieder der Opfer der „25. Januar Revolution“ zugegen waren, so bestand doch der überwiegende Teil der „Demonstranten“ aus Schlägertrupps des alten Regimes, welche mit solchen Aktionen Unruhe und Angst in der Bevölkerung verbreiten möchten – eine Vermutung, die auch der Kultusminister, der an der Gedenkfeier teilgenommen hat, sofort der Presse gegenüber geäußert hat.

Es ist zu befürchten, dass es bei der angekündigten Großdemonstration am 08. Juli 2011 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Militär, Polizei und Demonstranten kommen wird.

Wirtschaft

Wagt man nach 100 Tagen der Nach-Mubarak-Ära einen Blick zurück, so war eine der Forderungen des 25. Januar mehr soziale Gerechtigkeit, ein Ende der Vetternwirtschaft und der Korruption sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Derzeit ist man von allem noch sehr weit entfernt. Das alte, noch gut funktionierende politische Netzwerk stämmt sich noch dagegen an.

Unter den Verlierern der Revolution sind neben den korrupten und verhafteten Politikern auch die sog Wirtschaftreformer der Finanz- und Wirtschaftsgarde um Gamal Mubarak (Ahmed Ezz, Rashid und viele führende Köpfe der Industrie und des Immobilieninvestments) zu finden. Sie hatten zwar in den vergangenen Jahren zu einer Verbesserung der ägyptischen Wirtschaftslage beigetragen und das Interesse ausländischer Direktinvestoren gesteigert – dies aber alles auf Kosten einer weiteren sozialen Spaltung.

Profitiert hat von den durchgeführten Wirtschaftsreformen (nimmt man den Sektor Tourismus aus) fast nur eine kleine Oberschicht. Da aber über 80% der ägyptischen Wirtschaftskraft aus sogenannten informellen Betrieben bestehen, hat man dort nur wenig von dem Wirtschaftswachstum gespürt.

Im dem vom Militärrat neu benannten Kabinett unter Premierminister Sharaf wurde im Juni der Haushalt für das Fiskaljahr 2011/12 vorgelegt. Mit dem Oberziel einer sozialen Gerechtigkeit sind einkommensverbessernde Maßnahmen ein wesentlicher Schwerpunkt des neuen Haushalts. Doch um das Haushaltsdefizit nicht drastisch zu erhöhen, hofft man mit der Anhebung der Steuersätze und massiven Investitionen in die Infrastruktur des Landes höhere Steuereinnahmen zu erzielen.

Ein Abbau der Subventionen ist vorerst nicht angedacht – um weitere Demonstrationen und Streiks zu vermeiden hat man insbesondere bei Lebensmitteln, wo die Preise seit Monaten steigen, sogar noch weitere Subventionen bewilligt. So ist man von einer sozialen Marktwirtschaft nach westlichem Vorbild noch weit entfernt und nähert sich eher wieder einer nasseristisch, sozialistischen Planwirtschaft.

Um den Konsum zu fördern und die Lebensbedingungen der armen Bevölkerung zu verbessern (40% der ägyptischen Bevölkerung leben an der von der UN vorgegebenen Armutsgrenze von weniger als 2 US\$ pro Tag) wurde der 2010 von Mubarak beschlossene Mindestlohn von 400,- EGP auf nun 700,- EGP (ca. 80,- Euro) erhöht, mit der Zusage, selbigen bis 2016 auf 1.200,- EGP anzuheben (auf dem Tahrir Platz hatte man bei der Revolution eine sofortige Anhebung auf mind. 1.200,- EGP gefordert). Unabhängige Wirtschaftsgutachter sehen 1.200,- EGP als Minimum um mit einer 5-köpfige Familie zu überleben).

Eine Inflationsrate von derzeit ca. 15%, Tendenz steigend, ist sicherlich weiterer Sprengstoff auf dem Weg der gesellschaftspolitischen Veränderung.

Bedenkt man, dass ca 1,9 Millionen der 6,2 Millionen Angestellten des öffentlichen Dienstes davon betroffen sind, so kostet die neue Festlegung des Mindestlohns auf 700,- EGP den Staat jährlich zusätzliche ca. 7 Milliarden EGP.

Im vorgelegten Haushalt sind Einnahmen von 342,6 Milliarden EGP kalkuliert – die Ausgaben sind mit einer Summe von 500,7 Milliarden EGP beziffert. Das Angebot des

IWF, mit einer Kredithilfe von vier Milliarden US\$ den Haushalt zu stützen, hat man wegen nicht hinnehmbaren Bedingungen abgelehnt.

Das Defizit im Bruttoinlandprodukt (BIP) beläuft sich auf 9,4 %. Doch schon im Haushaltsjahr 2010/11 betrug das Defizit 7,9%.

Neben Beschäftigungsmaßnahmen sollen in den kommenden Jahren auch hohe Investitionen in den Gesundheits- und Bildungssektor fließen (diese wurden aber eben durch den Militärrat gekürzt, wie die Presse am 30. Juni berichtet).

Die Ministerin für Planung und Internationale Kooperation, Frau Faiza Abu el-Naga, rechnet in den kommenden Jahren mit ca. 10 Milliarden US\$ (ca. 60 Milliarden EGP) Entwicklungshilfe vom Ausland.

Ab Herbst 2011 erhofft man sich eine Stabilisierung des wichtigen Tourismusmarktes – neben den Einnahmen durch den Suez Kanal ein wesentlicher Faktor in der Finanz- und Wirtschaftspolitik Ägyptens.

Um die sich selbst gegebenen Vorgaben der sozialen Gerechtigkeit zumindest in Teilen zu erfüllen, sollen zehn Milliarden EGP in den nationalen Wohnungsbau fließen, um in den kommenden fünf Jahren eine Million Wohneinheiten für Geringverdiener zu bauen. Ebenso sollen in den kommenden Jahren mit 192 Milliarden EGP 37 Slumgebiete im Land saniert werden – doch noch immer entstehen täglich hunderte von weiteren illegal gebauten Wohnungen.

Die Budgetvorlage muss in den kommenden Tagen noch vom Obersten Militärrat abgesegnet werden.

Der derzeitige Finanzminister, von der Bevölkerung wie auch von der Wirtschaft sehr angesehen, geht im laufenden Jahr von einem Wachstum des BIP von 2,6% aus, was Fachleute für sehr optimistisch halten. Auch sein Vorgänger, Youssef Boutros Ghali, galt als ausgewiesener Fachmann und war international sehr angesehen. Wegen Korruption und Vorteilnahme im Amt wurde er im Juni 2011 in Abwesenheit zu einer 30-jährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Wolfgang Mayer

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Kairo, Ägypten.

IMPRESSUM

Erstellt: 02.07.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de